



Gewalttätige „Fußball-Kriminelle“ attackieren Polizisten

Vor wenigen Wochen kam es während und nach der Zweitligabegegnung FC St. Pauli gegen Hannover 96 zu schweren Gewaltausschreitungen gegenüber den eingesetzten Polizeikräften. Ein schwerverletzter Kollege und 16 weitere verletzte Kolleginnen und Kollegen waren die Folge dieser exzessiven Gewaltausbrüche. Nach bisherigen Erkenntnissen kam es zu einer Auseinandersetzung im Gästefanblock, bei der eine männliche Person erheblich attackiert und getreten wurde. Zum Schutz des Mannes entschied sich die Polizei richtigerweise, im Gästefanblock einzuschreiten. Die sogenannten Fans von Hannover 96 griffen daraufhin die Einsatzkräfte unter anderem mit Schlägen, Tritten und Fahnenstangen an, woraufhin unsere Kolleginnen und Kollegen mit dem Einsatz von unmittelbarem Zwang, unter anderem in Form von körperlicher Gewalt und Pfefferspray, reagierten. Nach dem Fußballspiel setzte sich ein sogenannter Heimfanmarsch mit rund 300 Personen in Bewegung. Aus

der Menge heraus wurden die Einsatzkräfte erneut, dieses Mal unter anderem mit Flaschen, Steinen und pyrotechnischen Gegenständen, massiv angegriffen, woraufhin die Einsatzkräfte erneut mit dem Einsatz von Pfefferspray reagieren mussten. Dazu Klemens Burzlaff, Personalratsvorsitzender der Polizei Hamburg und stellvertretender Landesvorsitzender der **Deutschen Polizeigewerkschaft Hamburg (DPoIG)**: „Ich verurteile diese Gewaltexzesse gegenüber meinen Kolleginnen und Kollegen auf das Schärfste und wünsche allen Verletzten eine schnelle und vollständige Genesung! Was unsere am Einsatz beteiligten Kollegen berichteten und auch auf Videos dokumentiert wurde, ist unfassbar. Erneut wurde der Fußball als Bühne für exzessive Gewalt gegenüber gegnerischen Fans und Einsatzkräften der Polizei missbraucht. Ich hoffe, dass alle Gewalttäter ermittelt und strafrechtlich zur Verantwortung gezogen werden. Diese Täter sind keine Fußballfans, sondern kriminelle Gewalttä-



> Klemens Burzlaff

© Daniel Bockwoldt

ter, die den Fußball als Ventil benutzen, um ihre Gewaltbereitschaft und ihren Hass auszuleben. Diese Fußball-Kriminellen und ihre Anstifter kann man nicht sozialisieren, hier helfen weder Fanprojekte noch Appelle. Ganz im Gegenteil, jetzt müssen die Strafverfolgungsbehörden klare Kante zeigen und dem Rechtsstaat Geltung verschaffen. Des Weiteren forde-

re ich erneut, dass sich die Hamburger Fußballvereine HSV und FC St. Pauli endlich an den Polizeikosten für Hochrisikospiele beteiligen müssen.“

Der Landesvorstand



© Pixabay

Impressum:

Redaktion:
Frank Riebow (v. i. S. d. P.)
Erdkampsweg 26
22335 Hamburg
Tel. (0 40) 48 28 00
Fax (0 40) 25 40 26 10
Mobil (01 75) 3 64 42 84
E-Mail: FRHamburg@gmx.de
Landesgeschäftsstelle:
Holzdamm 18, 20099 Hamburg
Tel. (0 40) 25 40 26-0
Fax (0 40) 25 40 26 10
E-Mail: dpolg@dpolg-hh.de
Geschäftszeit: Montag bis
Donnerstag, 9.00 bis 17.00 Uhr,
Freitag, 9.00 bis 15.00 Uhr
Fotos: : Frank Riebow, Oliver
Schinkmann, Friedhelm
Windmüller, **DPoIG Hamburg**
ISSN 0723-2230



> Polizeipräsident Falk Schnabel – Statement



Die gestrigen Ereignisse rund um die Zweitligabegegnung zwischen dem FC St. Pauli und Hannover 96 erschüttern mich zutiefst. Noch während des Spiels kam es im Gästeblock zu Gewalttätigkeiten, so dass unseren Kräften unter Berücksichtigung aller Umstände keine Wahl blieb, zur Verhinderung schwerster Verletzungen unmittelbar einzugreifen. Als es nach Spielende zu einem Fanmarsch kam, wurden die Einsatzkräfte erneut aus diesem heraus angegriffen, so dass es mehrere Verletzte gab, darunter einen schwerverletzten Kollegen. Für das Verhalten der Randalierer fehlt mir jedes Verständnis. Wir haben es hier nicht mit Fankultur zu tun, sondern mit Gewalttätern, die zur Rechenschaft gezogen werden müssen. Ich danke allen Einsatzkräften, die unter schweren Bedingungen für die Sicherheit aller im Dienst waren. Meine Gedanken sind bei den verletzten Kolleginnen und Kollegen.

Falk Schnabel
Polizeipräsident



© Polizei Hamburg



Personalversammlung 2023

Einsatz- und Personalsituation, Nachwuchsgewinnung, amtsangemessene Alimentation und die Steigerung der Berufsattraktivität aller Polizeibeschäftigten im Fokus – Innensenator Andy Grote (SPD): „Regelaltersgrenze 60 Jahre bleibt“ – „Innere Sicherheit ist Schwerpunkt“ – Polizeipräsident Falk Schnabel: „Polizei Hamburg genießt exzellenten Ruf!“

Rund 1.500 Kolleginnen und Kollegen haben am 23. November an der diesjährigen Personalversammlung der Polizei im Saal 1 des CCH teilgenommen. Die viereinhalbstündige Veranstaltung wurde vom Personalratsvorsitzenden und ersten stellvertretenden **DPoIG**-Landesvorsitzenden Klemens Burzlaff eröffnet und geleitet. Unsere Kolleginnen und Kollegen nutzten die Personalversammlung zum informellen Austausch, aber auch für konkrete Fragen und Forderungen in Richtung von Behörden- und Amtsleitung. Die Einsatzbelastung aller Polizeibeschäftigten ist ungebrochen hoch und die Personalsituation ist nach wie vor dramatisch angespannt, egal ob im Vollzug oder in der Verwaltung, egal an welcher Dienststelle! Der Landesvorsitzende der **DPoIG Hamburg**, Thomas Jungfer, schloss sich in seinem Grußwort den inhaltlichen Forderungen des Personalrats an. Für die **DPoIG Hamburg** bleiben die Wiedereinführung der Freien Heilfürsorge, die Wiederherstellung der Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage und die zwingende Einführung der zweigeteilten Laufbahn für die uniformierte Polizei bedeutende gewerkschaftspolitische Ziele. Die Steigerung der Attraktivität des Polizeiberufes muss spürbar und Wertschätzung keine Worthülse sein! Wie soll es sonst gelingen, genug geeignete Bewerberinnen und Bewerber für die Polizei zu gewinnen? Innere Sicherheit hat wieder oberste Priorität, die Polizeibeschäftigten aller Laufbahnzweige und Verwendungen erwart-



> Personalratsvorsitzender Klemens Burzlaff leitete die Personalversammlung.

ten völlig zu Recht, dass die Politik den Rahmen setzt, damit der Sicherheitsanspruch der Bürger realisiert werden kann. Dazu brauchen wir in erster Linie mehr Personal und die Anerkennung aus der Politik, die uns den Rücken freihält und nicht mit Misstrauen begegnet. Der Geschäftsbericht des Personalrates erfolgte themen- und laufbahnzweigbezogen durch den Personalratsvorsitzenden Klemens Burzlaff, die stellvertretende Personalratsvorsitzen-

us (**DPoIG**) informierte über Themenfelder innerhalb des Laufbahnzweiges Wasser-schutzpolizei. Für Personalratsmitglied Frank Riebow (**DPoIG**) war es die letzte Personalversammlung vor dem Ruhestand. Er wünschte sich in seinem Redebeitrag unter anderem eine Hamburger Polizei, die den Kolleginnen und Kollegen gegenüber wieder zugewandter wird. Personalratsvorsitzender Klemens Burzlaff nutzte die Gelegenheit, sich bei allen Kollegen für die hochprofessionelle Arbeit zu bedanken. Wenn es darauf ankommt sind wir da und können uns aufeinander verlassen. Auch Innensenator Andy Grote (SPD) dankte im Rahmen seiner Rede allen Kolleginnen



> **DPoIG**-Landesvorsitzender Thomas Jungfer während seines Grußwortes

de Beate Petrou (**DPoIG**) für den Laufbahnzweig Verwaltung, den Beisitzer im Personalratsvorstand, Oliver Schwabe (BDK) für den Laufbahnzweig Kriminalpolizei, Marc-Ulrich Schipper (**DPoIG**) berichtete für die Schutzpolizei und Heiko Valeri-

und Kollegen für ihre geleistete Arbeit. Insbesondere hob Grote den Amokeinsatz Deelböge hervor, der die Leistungsfähigkeit und Einsatzbereitschaft der Polizei Hamburg deutschlandweit unter Beweis stellte. Der Personalzuwachs wird auch unter schwierigeren Rahmenbedingungen fortgeführt und die Altersgrenze von 60 Jahren bleibt für den Polizeivollzug erhalten, so der Innensenator weiter. Polizeipräsident Falk Schnabel nutzte die Personalversammlung, um sich einem größeren Kollegenkreis vorzustellen. Er versicherte, sich rasch in alle Themen einzuarbeiten und den Weg der Modernisierung weiterzuverfolgen.

Der Landesvorstand



© Oliver Schinkmann (2)

Großdemo und Warnstreik verstärken Druck auf TdL

dbb und **DPoIG Hamburg** machen gegenüber der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) weiter Druck und riefen die tarifbeschäftigten Kolleginnen und Kollegen zu einem erneuten Warnstreik und einer Großdemonstration auf. Die Demo startete unmittelbar nach der Personalversammlung der Polizei und viele tarifbeschäftigte, aber auch verbeamtete Kolleginnen und Kollegen schlossen sich dem Demonstrationszug vom CCH bis zum Millerntor an. An der Spitze demonstrierte Landesvorsitzender Thomas Jungfer mit dem dbb Bundesvorsitzenden Uli Silberbach und dem Chef der Bundespolizeigewerkschaft, Heiko Teggatz. „Die Daseinsfürsorge ist in akuter Gefahr. Es fehlen bereits heute über 500.000 Beschäftigte“, sagte dbb Chef Ulrich Silberbach bei der Kundgebung vor über 4.000 Kolleginnen und Kollegen in Hamburg. „Wenn die Länder jetzt nicht die Kurve kriegen und die Einkommen deutlich erhöhen, wird der öffentliche Dienst personell weiter ausbluten. In den nächsten zehn Jahren verlassen über 1,3 Milli-

onen Beschäftigte den öffentlichen Dienst und gehen in den wohlverdienten Ruhestand. Angesichts der Bevölkerungsstruktur und der Geburtenrate ist klar: Der Staat kann froh sein, wenn er die frei werdenden Stellen halbwegs wieder besetzen kann. Die fehlenden 550.000 Menschen zu finden, die sich unter den aktuellen Bedingungen in den Dienst der Gesellschaft stellen wollen, erscheint da fast utopisch.“ Heiko Teggatz, dbb Vize und Bundesvorsitzender der **DPoIG**-Bundespolizeigewerkschaft, mahnte für den Bereich der inneren Sicherheit: „Polizeikräfte bundesweit ge-



© Frank Riebow

hen schon lange auf dem Zahnfleisch. Wenn eine Einsatzlage die nächste jagt, müssen wir irgendwann zwangsläufig priorisieren, welche Aufgaben mit welchen Ressourcen erledigt werden. Es ist aber Gift für das Vertrauen der Menschen in den Staat, wenn Verbrechensbekämpfung nur

noch Mangelverwaltung ist.“ René Müller, Bundesvorsitzender der Gewerkschaft Strafvollzug, berichtete: „Die Justiz ist am Limit. Das gilt nicht nur für die Gerichte, das gilt natürlich auch für die Justizvollzugsanstalten. Die Resozialisierung von Strafgefangenen findet aus Personalmangel kaum noch statt. Gleichzeitig gibt es immer mehr Übergriffe auf die Kolleginnen und Kollegen.“ Die **DPoIG Hamburg** bedankt sich bei allen Kolleginnen und Kollegen, die trotz Hamburger „Schietwetter“ ihre berechtigten Forderungen mit Nachdruck auf die Straße trugen, und bedankt sich beim Fachbereich Verwaltung für die Vorbereitung und Organisation des Warnstreiks und der Demonstration.

#DPoIGDeinetwegen



© Frank Riebow (9)

Warnstreik von **DPoIG** und **dbb** Protestaktion: knöllchenfreier Tag – „Park’ doch, wo du willst“

Unter dem Motto „Park’ doch, wo du willst“ haben **DPoIG Hamburg** und **dbb Hamburg** am 10. November einen „Knöllchenfreien Tag“ in Hamburg ausgerufen.

Rund 1.000 Kolleginnen und Kollegen von Polizei, Landesbetrieb Verkehr und dem Amt für Migration sind dem Aufruf gefolgt und kamen zur Protestaktion auf dem Gänsemarkt zusammen. Inflation, Preissteigerungen, exorbitante Mieten und dazu ein unübersehbarer Arbeits- und Fachkräftemangel auch im öffentlichen Dienst in Hamburg sind Herausforderungen, denen die Länder endlich durchgreifend begegnen müssen. Wenn nicht jetzt, wann dann? „Allein durch diesen Warnstreik schätzen wir den Verlust in der Steuerkasse auf 300.000 Euro bis 500.000 Euro ein“, so Michael Adomat, stellvertretender Vorsitzender des **dbb Hamburg** und Landesstreikleiter von **dbb** und **DPoIG Hamburg**. Nachdem es die Tarifgemeinschaft deutscher

Länder (TdL) unter dem Vorsitz von Finanzsenator Dr. Andreas Dressel (SPD) in den bisherigen Verhandlungsrunden nicht für nötig hielt, den Gewerkschaften ein annehmbares Verhandlungsangebot zu unterbreiten, sieht sich die **DPoIG Hamburg** gezwungen, ihre berechtigten Forderungen auf die Straße zu bringen. Dazu Klemens Burzlaff, Landesvize der **Deutschen Polizeigewerkschaft**: „Die Arbeitgeberseite und TdL-Verhandlungsführer Andreas Dressel benötigen offensichtlich deutliche Ansprachen und tatkräftige Denkanstöße der Kolleginnen und Kollegen des öffentlichen Dienstes der Länder, um ihre Verweigerungshaltung aufzugeben. Wenn die Arbeitgeber (TdL) die berechtigten Forderungen der Gewerkschaften als ‚unbezahlbar‘ deklarieren und keine Verhandlungsbereitschaft erkennen lassen, dann darf man sich über die Reaktion der Gewerkschaften nicht wundern.“ Ziel des Warnstreiks war es unter anderem, Druck aufzubauen,

um einen Abschluss zu erzielen, der nicht hinter dem Tarifiergebnis von Bund und Kommunen zurückfällt. Unsere Kolleginnen und Kollegen

haben es mehr als verdient! Wer kämpft, kann verlieren, wer nicht kämpft, hat schon verloren!

Der Landesvorstand

> Post für TdL-Verhandlungsführer Dr. Andreas Dressel. Martin Dumpich hat den Wohngeldantrag schon mal vorbereitet.



© Friedhelm Windmüller



© Friedhelm Windmüller

© Friedhelm Windmüller



© DPoIG Hamburg (12)



Ein süßes Dankeschön

Jedes Jahr wird in den USA am ersten Freitag im Juni der Tag des Donuts gefeiert. Der National Donut Day ist eine feste Institution und erfreut sich großer Beliebtheit. Das können wir als **DPoIG** auch – und so war die Idee geboren, unsere Kolleginnen und Kollegen an verschiedenen

Polizeikommissariaten der Regionen mit einer Süßigkeit zu überraschen. Unsere momentan sehr belasteten Kolleginnen und Kollegen haben sich sehr über diese Geste gefreut. Einen herzlichen Dank an das **DPoIG-Team**!

#DPoIGDeinetwegen





Zwei neue Polizeiboote für die WSP Hamburg

Bereits im Juli dieses Jahres wurde mit der Kiellegung der Bau zweier neuer Wasser-schutzpolizeiboote in Estland begonnen. Die Neubauten werden die bisherigen Küstenstreifenboote WS 1 und WS 2 sowie die Streckenstreifenboote WS 20 und WS 22 ersetzen. Der Baupreis für beide Schiffe beläuft sich auf circa 17 Millionen Euro. Die Beauftragung enthält eben-

falls eine Option für den Bau eines dritten Schiffes. Beide Schiffe werden über einen Plug-in-Hybrid-Antrieb verfü- gen. Mit diesem Antrieb kön- nen die Schiffe bis zu zwei Stunden bei 7 Knoten (circa 13 km/h) vollelektrisch be- trieben werden. Die Höchst- geschwindigkeit beider Boote soll bei über 25 Knoten (circa 45 km/h) liegen. Beide Boote werden zusätzlich mit einem



Bereitschaftsboot ausgerüs- tet. Diese sind dann auch au- ßerhalb der Sichtweite des Mutterschiffes in der Lage, eigenständig zu operieren. Antriebsseitig werden die Be- reitschaftsboote mit einem Innenbordmotor und einem Jet-Antrieb ausgestattet. Das PB 29 ist für das WSPR 4 in Cuxhaven und das PB 24 für das WSPK 1 in Waltershof vorgesehen. Beide Boote kön- nen sich gegenseitig ersetzen

und an beiden Dienstorten genutzt werden. Die Überga- be der Dienstboote ist für Ende 2024 bis Anfang 2025 geplant. Den Mitarbeitern der WSP Hamburg war es möglich, aktiv an den Bau- wünschen und Anforde- rungsbedingungen mit- zuwirken. Wir werden als Fachbereich Wasserschutz- polizei weiterhin den Baufort- schritt begleiten und aktuell berichten. *Fachbereich WSP*

© WSP HH (2)



WSPS: Erweiterungsbau übergeben

Die Wasserschutzpolizei-Schu- le (WSPS) ist gewachsen und moderner geworden. Auf einer Fläche von 1.143 Quadrat- metern ist ein viergeschossiges Mehrzweckgebäude entstan- den. Vor wenigen Wochen übergab Innenstaatsrat Tho- mas Schuster das neue Dienst- gebäude an den Leiter der Was- serschutzpolizei-Schule, LPD Frank Möller. Der vom Hambur- ger Architekturbüro pbp archi- tekten entwickelte Neubau ge-

herbergt ein Wohnheim mit 21 Zimmern, weitere Schulungs- räume sowie einen Schiffsfüh- rungs- und Radarsimulator der Spitzenklasse. Dazu LPD Frank Möller: „Die Wasserschutzpoli- zei-Schule bildet seit 1945 als bundesweit einzige Einrichtung dieser Art alle Wasserschutz- polizistinnen und -polizisten Deutschlands aus. Die Bedarfe an wasserschutzpolizeilicher Aus- und Fortbildung sind in den letzten Jahren enorm ge-



stiegen und auch die Anforde- rungen an eine moderne Was- serschutzpolizei und damit an eine zeitgemäße Ausbildung verändern sich stetig. Das Ku- ratorium hat mit der Entschei- dung für den Erweiterungsbau die Leistungsfähigkeit der WSPS anerkannt und sich da- mit auch zum Standort Ham- burg bekannt. Dafür und für die gelungenen Planungen

danken wir allen Beteiligten.“ Die **DPoIG Hamburg** freut sich, dass der Neubau die seit vielen Jahren verstetigte Modernisie- rung der WSPS fortsetzt und entscheidend dazu beiträgt, die Qualität der Aus- und Fort- bildung weiter zu steigern so- wie den teils mehrmonatigen Aufenthalt unserer Kolleginnen und Kollegen angenehmer ge- staltet. *Fachbereich WSP*

© Frank Riebow (2)





Angriff auf Polizeibeamten Lange Haftstrafen

Die Gewalttat sorgte Anfang dieses Jahres für Aufsehen und Erschrecken. Ein Polizeibeamter war nachts in Ulm von mehreren Tätern schwer verletzt worden. Im Strafprozess um den Angriff auf einen Polizisten in Ulm hat das zuständige Landgericht das Urteil gefällt. Wegen versuchten Mordes und gefährlicher Körperverletzung muss ein 24 Jahre alter Mann für elf Jahre ins Gefängnis und ein 25-Jähriger für zehn Jahre. Ein 18-Jähriger wurde zu einer Jugendstrafe von sechs Jahren verurteilt. Dieses Strafmaß hatte auch die Staatsanwaltschaft gefordert. Dem Opfer wurde ein Schmerzensgeld in Höhe von 20.000 Euro zugesprochen.

Die beiden wesentlichen Merkmale der Tat waren laut Gericht Heimtücke und die versuchte Vertuschung einer anderen Straftat. Heimtücke

deshalb, weil die Angeklagten den Polizisten im Februar dieses Jahres in der Ulmer Innenstadt geplant in einen Hinterhalt lockten und brutal auf ihn einschlugen. Der Angriff hatte das Ziel, den Polizeibeamten so sehr zu schlagen und zu treten, dass sich dieser anschließend an nichts mehr erinnern könnte. Dafür hätten die Angeklagten auch den Tod des Polizisten in Kauf genommen. Der Angriff sollte eine weitere Straftat vertuschen, nämlich den geplanten Einbruch in ein nahe gelegenes Eiscafé. Der im Zuständigkeitsbereich des Polizeipräsidiums Mannheim tätige Polizist war wegen einer Fortbildung in Ulm. Kurz vor dem Angriff hatte er im dortigen Polizeipräsidium seine Dienstwaffe abgegeben und war in Zivil unterwegs. Er hatte die Tätergruppe angesprochen, weil sie maskiert waren und ihm verdächtig erschienen. ■

> Ruhestand*

Folgende Kollegen sind zum 31. Oktober 2023 in den Ruhestand gegangen:

Schutzpolizei

PHK Stefan Gräper	VD 31
PHK Jörn Sieck	PK 14
PHK Detlef Brümmer	VD 011

Wasserschutzpolizei-Schule

PHK Kay Andersen	WSPS 22
------------------	---------

* Ruhestandsdaten werden nur veröffentlicht, wenn eine Einverständniserklärung vorliegt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
liebe Leserinnen und Leser des **Polizeispiegels**,

der Landesvorstand der **Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG)** und die Redaktion des **Polizeispiegels** wünschen euch/Ihnen ein ruhiges und besinnliches Weihnachtsfest und einen guten Rutsch in ein erfolgreiches neues Jahr 2024.

*Thomas Jungfer, Landesvorsitzender
Frank Riebow, Landesredakteur*

> Social-Media-Fundstück

Instagram-Fundstück des Monats



polizeihamburg und senat_hamburg
Rathaus Hamburg



Begrüßung des neuen Polizeipräsidenten

Bürgermeister Tschentscher hat heute Hamburgs neuen Polizeipräsidenten Falk Schnabel die Ernennungsurkunde übergeben.



Gefällt annitakesphotos und 575 weiteren Personen

senat_hamburg Er ist eine erfahrene Führungspersönlichkeit, kennt die Polizeiarbeit in einer Großstadt und steht seit gestern an der Spitze der @PolizeiHamburg: Falk Schnabel ist heute als 14. Polizeipräsident von Bürgermeister Tschentscher und Innensenator Grote im Rathaus begrüßt worden.



© Pixabay